



Stadt Kamen

Niederschrift

HFA

über die
1. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am Dienstag, dem 28.02.2023
im Sitzungssaal I des Rathauses

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:50 Uhr

Anwesend

Bürgermeisterin
Frau Elke Kappen

SPD
Herr Denis Aschhoff
Frau Carina Feige
Herr Daniel Heidler
Herr Peter Holtmann
Herr Klaus Kasperidus
Frau Christiane Klanke
Herr Manfred Wiedemann

CDU
Herr Ralf Eisenhardt
Herr Rainer Fuhrmann
Frau Rosemarie Gerdes
Herr Wilhelm Kemna
Frau Susanne Middendorf

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Frau Anke Dörlemann
Frau Sandra Heinrichsen
Herr Marian-Rouven Madeja

FW Kamen
Herr Dennis Kobus

DIE LINKE / GAL
Herr Klaus-Dieter Grosch

fraktionslos
Herr Ulrich Lehmann

FDP

Herr Alfred Mallitzky

Verwaltung

Herr Dietmar Lerch
Herr Dr. Uwe Liedtke
Christopher Lindermann
Frau Sabrina Lohsträter
Frau Ingelore Peppmeier
Frau Hanna Schulze
Herr Christian Völkel
Herr Christoph Watolla

Personalrat

Frau Katja Löbbe

Gäste

Herr Volker Rost

Entschuldigt fehlten

Herr Ralf Langner

Bürgermeisterin **Kappen** begrüßte die Anwesenden und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Die Tagesordnungspunkte 2 bis 3 sowie 5 bis 7 wurden einvernehmlich ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Erste Änderung der Gebührenordnung für die Städt. Musikschule der Stadt Kamen	144/2022
3	Erste Satzung zur Änderung der Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Kamen	008/2023
4	Brandschutz- und Rettungsdienstbericht	
5	Gründung der Ausbildungs-, Beschäftigungs- und Service gGmbH als Servicegesellschaft der UKBS	001/2023
6	Kapitalerhöhung verbunden mit Änderung des Gesellschaftsvertrages der Tarifgemeinschaft Münsterland - Ruhr-Lippe GmbH aufgrund Beitritt des Kreises Steinfurt	003/2023
7	Gründung der Knappschaft Kliniken Akademie GmbH hier: Mittelbare Beteiligung über die Klinikum Westfalen GmbH	007/2023
8	Stellenprofil einer/eines Integrationsbeauftragten	

9	Bericht zur Personallage in der Stadtverwaltung Kamen hier: Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und SPD	
10	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung hier: Bestellung eines Fachbereichsleiters und Höhergruppierung	006/2023
2	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
3	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen lagen nicht vor.

Zu TOP 2.
144/2022

Erste Änderung der Gebührenordnung für die Städt. Musikschule der Stadt Kamen

Ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 3.
008/2023

Erste Satzung zur Änderung der Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Kamen

Ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

TOP 4.

Brandschutz- und Rettungsdienstbericht

Herr **Rost** und Herr **Lindermann** referierten gemeinsam zum Brandschutz- und Rettungsdienstbericht für das Jahr 2022 (Präsentation im Ratsinformationssystem hinterlegt).

Herr Rost gab einen detaillierten Überblick zu den Bereichen Organisation der Freiwilligen Feuerwehr, Mitgliederzahlen und Qualifikationsstand im Ehrenamt, Einsatzstatistik und Schutzzieleauswertung Brandschutz sowie zu aktuellen Themen der Feuerwehr.

Im Anschluss gab Herr Lindermann einen umfangreichen Überblick zur Organisation des Fachbereiches 37, Personenzahlen und Qualifikationsstand im Hauptamt, Einsatzstatistik und Schutzzieleauswertung Rettungsdienst und zu aktuellen Themen im Rettungsdienst.

Herr **Heidler** dankte für den umfassenden Bericht. Er bat ihm Namen seiner Fraktion darum, den Dank an die Kolleginnen und Kollegen der Feuerwehr für die Einsatzbereitschaft im Rahmen des Ehrenamtes weiterzugeben. Zudem richtete er seinen Dank an Herrn Rost für die stellvertretende Übernahme der Leitung und die Bereitschaft, die Leitung auch zukünftig fortzuführen.

Besonders erfreulich sei die Beliebtheit der neugegründeten Kinderfeuerwehr. Er habe die Hoffnung, dass die Begeisterung der Kinder für eine Stärkung der Jugendfeuerwehr und somit auch Weiterführung des Ehrenamtes Sorge. Bezogen auf die negative Entwicklung der Zielerreichungsgrade, fragte er, ob ein Zusammenhang mit der Freistellung durch die Arbeitgeber bestünde. Zudem fragte er nach der Umsetzung des Antrags seiner Fraktion, Arbeitgeber im Rahmen des „Tags des Ehrenamtes“ auszuzeichnen.

Bürgermeisterin **Kappen** versicherte, dass beim nächsten Tag des Ehrenamtes die Auszeichnung der im Bereich der Freistellung engagierten Arbeitgeber aufgenommen werde. Die Entwicklung zeige, dass die Ausübung des Ehrenamtes heute bedauerlicherweise für einige Arbeitgeber ein Einstellungs Hindernis darstelle.

Ein Aspekt des neuen Brandschutzbedarfsplanes sei die Abfrage zur Tagesverfügbarkeit und dem Arbeitsort der aktiven Feuerwehrmitglieder, berichtete Herr **Lindermann**. Man erhoffe sich durch die Auswertung eine bessere Planbarkeit.

Herr **Eisenhardt** zeigte sich dankbar für den umfassenden Überblick. Er schloss sich dem Dank an alle Feuerwehrmitglieder für ihre besonderen Leistungen an. Zudem dankte er Herrn Rost für die Bereitschaft, die Leitung der Feuerwehr und damit die Verantwortung für dieses besondere Ehrenamt zu übernehmen. Die Infrastruktur in den Stadtteilen Heeren und Mitte sei verbesserungswürdig.

Zur Frage nach der Schulung des PSU-Teams (Psychosoziale Unterstützung) erläuterte Herr **Rost** den Unterschied zwischen PSU-Team und Notfallseelsorge. Die Schulungen erfolgten über Bildungseinrichtungen im Kreis Unna.

Frau **Schulze** ergänzte, dass im Bereich der PSU eng mit der Stadt Bergkamen zusammengearbeitet werde. Hiermit habe man gute

Erfahrungen gemacht.

Herr **Aschhoff** dankte für den Vortrag und sagte zu, in seinem Umfeld gerne Werbung für das Ehrenamt zu machen. Er sei dankbar für die besondere Bereitschaft der Feuerwehrkollegen/Feuerwehrkolleginnen, diese wichtige ehrenamtliche Aufgabe trotz der nicht immer einfachen Rahmenbedingungen auszuüben.
Er erkundigte sich, wie stark die Konkurrenz privater Anbieter im Bereich des Rettungsdienstes sei.

Herr **Lindermann** erklärte, dass eine Besetzung des Rettungsdienstes mit eigenem Personal vorteilhafter sei.

Frau **Schulze** erläuterte demzufolge das hohe Interesse, das Personal selbst auszubilden und einzusetzen.

Auf Anfrage von Herrn **Aschhoff** erläuterte Herr **Lindermann**, warum es in den letzten 2 Jahren wenig Personalabwanderungen im Bereich Rettungsdienst gegeben habe.

Frau **Schulze** zeigte sich zuversichtlich, dass eine Optimierung der Infrastruktur mit dem Neubau im Hemsack bald erfolgen werde.

Zur Frage von Herrn **Fuhrmann**, ob die Anschaffung der Rendezvousfahrzeuge zur Verbesserung der Schutzziele im Stadtteil Heeren führte, führte Herr **Lindermann** aus, dass sich hierdurch kein Mehrwert ergeben habe. Ursächlich sei die schwierige Verkehrssituation.

Bürgermeisterin **Kappen** wies darauf hin, dass die Problemlage im neuen Brandschutzbedarfsplan thematisiert werde.

Frau **Schulze** informierte, dass für die Erstellung des neuen Brandschutzbedarfsplanes ein externer Anbieter beteiligt werde.

Bürgermeisterin **Kappen** richtete ihren besonderen Dank an alle Ehrenamtler und die sie unterstützenden Familien. Sie schlug in diesem Sinne vor, das für Sommer geplante Fest der Feuerwehr tatkräftig durch die Politik und Verwaltung zu unterstützen.

Zu TOP 5.
001/2023

Gründung der Ausbildungs-, Beschäftigungs- und Service gGmbH als Servicegesellschaft der UKBS

Ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 6.
003/2023

Kapitalerhöhung verbunden mit Änderung des Gesellschaftsvertrages der Tarifgemeinschaft Münsterland - Ruhr-Lippe GmbH aufgrund Beitritt des Kreises Steinfurt

Ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 7.
007/2023

Gründung der Knappschaft Kliniken Akademie GmbH
hier: Mittelbare Beteiligung über die Klinikum Westfalen GmbH

Ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 8.

Stellenprofil einer/eines Integrationsbeauftragten

Frau **Schulze** wies auf die im Bereich des Kommunalen Integrationsmanagements (KIM) eingerichteten 1,5 Stellen hin und erläuterte die Abgrenzung zur strategischen Stelle der/des Integrationsbeauftragten. Anhand einer Übersicht (als Anlage im Ratsinformationssystem hinterlegt) stellte sie ausführlich die Aufgabenschwerpunkte einer/eines Integrationsbeauftragten vor.

Es sei geplant, die Stelle bereits im laufenden Jahr zu besetzen. Zunächst soll eine halbe Stelle eingerichtet werden. In der Praxis bestehe eine enge Verzahnung mit den KIM-Stellen.

Bürgermeisterin **Kappen** sagte zu, dass weitere Informationen folgen würden, sobald die Stelle ausgeschrieben werde.

Herr **Heidler** sprach sich aufgrund der Bedeutung des Themas für die Einrichtung der Stelle aus. Er lobte die zeitnah geplante Umsetzung. So könne bereits im Rahmen der nächsten Stellenplandiskussion die Entwicklung und Auskömmlichkeit des Stellenumfanges bewertet werden.

Mit Blick auf die vom Bund finanzierten KIM-Stellen erkundigte sich Herr **Eisenhardt**, welche Aufgaben dort nicht beinhaltet seien. Zudem fragte er, ob die Stelle der/des Integrationsbeauftragten durch Verschiebung mit vorhandenem Personal besetzt werde.

Frau **Kappen** und Frau **Schulze** erläuterten, dass Aufgabe der KIM-Stellen die Einzelfallhilfe sei, aktuell insbesondere Wohnraumbeschaffung für geflüchtete Menschen aus der Ukraine. Die Stelle der/des Integrationsbeauftragten sei demgegenüber konzeptionell und strategisch angelegt. Es handele sich um eine zusätzliche Stelle.

Die FDP-Fraktion begrüße die Stelleneinrichtung zur Umsetzung des beschlossenen Integrationskonzeptes, erklärte Herr **Mallitzky**.

Herr **Grosch** zeigte sich erfreut über die Einrichtung der Stelle als Teil des Integrationskonzeptes. Damit erfülle sich die langjährige Forderung seiner Fraktion. Er zeigte sich skeptisch, ob der Stellenumfang von einer halben Stelle auf Dauer ausreichend sei.

Die Fraktion Bündnis 90 /DIE GRÜNEN unterstütze ebenfalls die Einrichtung der Stelle, so Frau **Dörlemann**. Zum Stellenumfang äußerte sie sich ebenfalls skeptisch.

Zu den Fragen von Herrn **Kobus** erklärte Bürgermeisterin **Kappen**, dass die Ausschreibung innerhalb der nächsten Wochen erfolgen solle und eine Besetzung für Mitte des Jahres angestrebt werde. Beigeordnete **Schulze** ergänzte, dass die Stelle im Sozialbereich angesiedelt werde und dort auch

intensiv die Arbeit des Integrationsrates begleiten könne.

Die/der Integrationsbeauftragte sei wichtig für die Unterstützung und Stärkung des Integrationsrates, führte Herr **Aschhoff** aus. Er sprach sich dafür aus, zunächst die Entwicklung der Stelle zu beobachten, um ggf. später eine Aufstockung zu diskutieren.

Zu TOP 9.

Bericht zur Personallage in der Stadtverwaltung Kamen
hier: Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und SPD

Herr **Eisenhardt** begründete den gemeinsamen Antrag. Er machte deutlich, dass der Antrag nicht im Misstrauen gegenüber der Verwaltung begründet sei, sondern aus dem Wunsch nach einer größeren politischen unterjährigen Begleitung resultiere. Insbesondere gehe es darum, Defizite auszumachen und sich der damit unmittelbar verbundenen Aufgabenkritik zu stellen. Dies sei auch eine Frage der Fürsorgepflicht gegenüber den städtischen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen.
Wünschenswert sei ein halbjährlicher Bericht.

Herr **Heidler** machte deutlich, dass der Antrag unabhängig von der Organisationshoheit der Bürgermeisterin zu sehen sei. Im Vordergrund stehe die Handlungsfähigkeit der Verwaltung und die Fürsorgepflicht der Politik.

Herr **Mallitzky** stimmte dem Antrag mit Blick auf die sich nicht verbessernde Arbeitsmarktlage zu. Unter dem Stichwort „Digitalisierung“ sei die Frage zu beantworten, wie eine Verwaltung sich zukünftig aufstellen müsse.

Frau **Klanke** wandte ein, dass es immer Verwaltungsabläufe geben werde, die nicht durch Digitalisierung ersetzt werden könnten.

Bürgermeisterin **Kappen** erläuterte die rechtlichen Rahmenbedingungen und verwies auf die gegenseitige Kontrolle von Verwaltung und Rat. Sie könne dem Antrag unter dem Aspekt des Fachkräftemangels zustimmen. Verwaltungsseitig wird ein Bericht zur Mitte des Jahres und wie üblich zum Stellenplan vorgeschlagen.
Im Rahmen der Aufgabenkritik seien die Belastungen durch zusätzliche Aufgaben, wie z.B. durch die Aufnahme geflüchteter Menschen, zu berücksichtigen.

Herr **Aschhoff** erläuterte, dass das Wissen um den Personalbestand wichtig sei, um Defizite richtig und frühzeitig einschätzen zu können. Durch Personalreduzierung im Rahmen der Haushaltssicherung sei die Belastung enorm gestiegen.

Das Bewusstsein für die Arbeitsplatzverdichtung sei wichtig, so Herr **Grosch**. Ein Problem im Bereich des Fachkräftemangels sei, dass öffentliche Verwaltungen für bestimmte Berufsgruppen häufig finanziell nicht attraktiv seien.

Der Ausschuss schloss sich einvernehmlich dem Verfahrensvorschlag der Bürgermeisterin an. In der Sitzung vor den Sommerferien werde die Verwaltung einen entsprechenden Bericht vorlegen.

Zu TOP 10.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen lagen nicht vor. Anfragen wurden nicht gestellt.

gez. Kappen
Bürgermeisterin

gez. Watolla
Schriftführer